

# Calmer Tagblatt

Nr. 229.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Verlegungspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 75 Bfg. Restlos 21. 2.50 Auf Sammelangeboten kommt ein Zuschlag von 100%. — Anzeigepreis 3.

Samstag, den 1. Oktober 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten M. 12.00 vierteljährlich. Bezugspreis 37. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die innerpolitische Lage.

### Deutscher Reichstag.

#### Annahme des Friedensvertrags mit Amerika.

**Innerpolitische Aussprache.**  
Berlin, 30. Sept. In der heute Mittag 12 Uhr begonnenen Sitzung des Reichstags wurden zunächst wieder kleine Anfragen erlegt. U. a. wird dabei von der Regierung auf eine deutsch-nationale Anfrage erklärt, daß von einer angeblichen Adresse von 150 000 Einwohnern des Saargebietes, die die Schaffung eines eigenen Saargebietes gefordert habe und dem Friedensvertrag zugrunde gelegt worden sei, nichts bekannt sei. Eine Denkschrift über die ganze Saargebiet-Angelegenheit werde im Laufe des Oktobers erscheinen. Eine Anfrage oberbayerischer Abgeordneter wird dahin beantwortet, daß die Reichsregierung das Gesetz über die Autonomie Oberbayeriens zur Durchführung bringen werde. Es folgt die Beratung des Friedensvertrags mit Amerika. Der Vertrag wird in allen drei Lesungen angenommen, nachdem der Abg. Söder (Komm.) erklärt hatte, daß ihn seine Partei zusammen mit der amerikanischen Sozialdemokratie ablehne, da er ein Bild der Hölle von New York darstelle. Präsident Löbe sprach seine Befriedigung darüber aus, daß mit der Annahme des Vertrags die letzten aus dem Krieg noch herrührenden Differenzen beseitigt seien, und hofft, daß der Friede zwischen Deutschland und Amerika nie wieder gefährdet werde. — Dann werden sämtliche Anträge und Interpellationen wegen der Frage der Durchkreuzung der Politik des Reichskanzlers, des Schutzes der Republik und der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August mit einander verbunden. Abg. Hergt (D.N.) polemisiert gegen die Verhandlungen des Reichspräsidenten und kritisiert die Haltung der Reichsregierung in der bayerischen Frage. Er erklärt weiter, seine Partei sei bereit, eine Versöhnungspolitik durch die Tat zu bekräftigen, doch sei der Geist der Regierung der gleiche geblieben. Seine Partei stehe auf dem Boden der Verfassung und habe mit den Mordern Erzbergers nichts zu tun. Der gerichtlichen Klärung sehe sie mit Ruhe entgegen. Er befreite nicht, daß die Sozialdemokratie auch Nationalgefühl besitze, aber sie solle es bekräftigen, namentlich gegenüber der Entente. Der Redner kritisiert, daß der Reichskanzler als Kämpfer in die Arena gestiegen sei und verlangt, daß auch der Rest der Verordnungen des Reichspräsidenten aufgehoben werde. — Abg. Dittmann (U.S.P.) begründet nach einer Auseinandersetzung mit den Deutsch-Nationalen die Anträge seiner Partei auf Schutz der Republik.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die Kennzeichnung der politischen Situation durch den Abg. Hergt als eine politische Schlacht trifft zu. Die Schlacht ist geschlagen und nachdem ein friedliches Ergebnis mit Bayern erzielt ist, besteht kein Anlaß mehr zu irgendwelchen Befürchtungen. Das Programm der Reichsregierung aber, den Ausnahmezustand in Deutschland, wo er auch noch bestanden hat, zu bekräftigen, habe ich durchgeführt, und in Preußen hat sich dagegen auch kein Widerstand geltend gemacht. Der bayerischen Regierung war kein Zweifel gelassen worden, daß bei einer Neuaufstellung im Reichstag der Ausnahmezustand in Bayern fallen würde. Angesichts dieser Sachlage sind wir zu einem Kompromiß gekommen. Man nennt dieses einen Rückzug, besser ein solcher, als eine verlorene Schlacht. Jedenfalls bin ich Herrn v. Lerchenfeld durch sein weitwichtiges Entgegenkommen herzlich dankbar. Herr Hergt ruft für nationalen Sammlung auf. Haben die Auslassungen auf dem deutsch-nationalen Parteitag dem entsprochen? Hat nicht Herr Hergt heute seine ganze Rede auf die vertraulichen Auslassungen aufgebaut, die der Reichskanzler damals getan? (Wutruf, große Unruhe.) Redner stellt sodann den Wortlaut seiner Äußerungen über das Verhalten gegen die Reichspresse fest und betont die Notwendigkeit, dem psychologischen Moment Rechnung zu tragen. An meiner nationalen Gesinnung zu zweifeln, haben Sie keinen Anlaß. Aber die Bedenken, die die Deutschnationalen für ihre Partei ausgenutzt haben, haben dem Interesse unserer Nation nicht immer genügt. Redner zitiert Auslassungen der „Münchener Abendzeitung“, wonach Präsident Ebert nicht vom Volk, sondern von einem Haufen selbstherrlichen Gefühls gewählt sei. Herr Hergt hat selbst erklärt: Für uns Deutschnationalen gibt es keine Erfüllung des Ultimatums, nicht einmal den Versuch dazu. Da scheiden sich die Geister. Aus unserem redlichen Versuch zur Erfüllung uns ein Verbrennen zu machen, übersteigt alle Grenzen. Wir wollen gerne die alten Klammern feiern, aber wir müssen alles vermeiden, was auch die heutigen Verhältnisse berühren kann. Wenn ich das Material an die Reichsregierung vorlegen wollte, müßte ich mindestens acht Stunden reden. Sie haben die Verordnungen der Regierung verhöhnt und verspottet. Redner hofft, daß alle, die politischen Willens sind, sich von den Deutschnationalen abwenden

## Eine Rede des Reichskanzlers.

werden. Die Befürchtung, daß die bislang von der Rechten getriebene Verhöhnung zu Maßnahmen führen müsse, ist Gemeingut des gesamten Kabinetts gewesen. Auch die badiischen Enthüllungen haben unsere Befürchtungen noch übertraffen. Greifen sie doch bis nach Oberbayerien hinüber. Wir danken allen, die mit der Waffe in der Hand dort um die deutsche Scholle gekämpft haben. Die badiischen Enthüllungen beweisen, daß es sich um den Versuch zu einem neuen Rapp-Putsch gehandelt hat. (Gelächter rechts, Lärm links) Die Republik muß gegen die reaktionären Antriebe geschützt werden. Die Erfüllung des Ultimatums, die Entlassung der Offiziere und die Auslieferung der Waffen hat uns eine Aufgabe gestellt, die sehr schwer war. Diesen Offizieren etwa vorwerfen zu wollen, sie hätten die Wünsche der Regierung sabotiert, ist nicht angebracht. Vielmehr hat die Entente selbst diese Fragen sehr zögernd behandelt. Zugunsten der Beamten und Offiziere, zu Gunsten des ganzen Mittelstandes und auch der Arbeitlosen müssen wir etwas Entscheidenes tun. Andererseits wollen wir gerne die Leistungen der Beamtenschaft anerkennen, aber sie darf sich nicht in chauvinistischem Sinne betätigen. Sie darf nicht zu Gewaltmaßnahmen drängen. Lebhafter Beifall. — Abg. Scheidemann (Soz.) hält es für eine Pflicht der Regierung, daß sie Abwehrmaßnahmen gegen Mörder und Mordbegehler getroffen habe, da sie sonst selbst fortgesetzt worden und ein Bürgerkrieg unausbleiblich gewesen wäre. Der Redner kritisiert dann die Verhältnisse in Bayern unter dem Regime Kahr, das die Mörder des Abg. Garelis unbefehligt gelassen habe. An dem Mord an Erzberger trügen die Deutschnationalen durch ihre Hege die Schuld. Bezüglich der Regimentsfeier erklärte der Redner, daß seine Partei nichts gegen diese habe, wenn sie nicht zu deutschnationalen Demonstrationen ausgenutzt würden. Zu der Regierung Wirth habe er das Vertrauen, daß sie alles zum Schutze der Republik tun werde. Das Programm seiner Partei sei klar: Republikanisierung der Verwaltung und der Reichswehr und Gesundung der Justiz. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Helfferich und Scheidemann, die sich gegenseitig angreifen, wird um 1/7 Uhr die Weiterberatung auf Samstag vormittag 10 Uhr vertagt. Außerdem Valuta-Interpellation Hergt und Genossen und kleine Vorlagen.

### Der Reichstagspräsident zum Frieden mit Amerika.

Berlin, 30. Sept. Nach Annahme des Vertrags mit Amerika im Reichstag führte Präsident Löbe aus: Durch den eben gefassten Beschluß sollen die normalen Beziehungen diesseits und jenseits des Ozeans wieder hergestellt werden. Ich möchte auch von dieser Stelle aus die Befriedigung darüber aussprechen, daß die Fragen, die noch der Klärung bedürfen, nunmehr durch Aussprachen gelöst werden können. Ich glaube im Sinne der überwiegenden Mehrheit des Hauses, vielleicht im Sinne aller zu handeln, wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, die durch den Weltkrieg eine Unterbrechung erfahren hatten, nunmehr für alle Zukunft dauernd ungetrübt sein mögen. (Lebhafter Beifall.)

### Die neue Verordnung zum Schutze der Republik.

Berlin, 29. Sept. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht jetzt die neue Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 28. September 1921, die an die Stelle der Verordnung vom 29. und 30. August 1921 tritt. Sie ist von dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer unterzeichnet und lautet nach einer Meldung des „Schwäb. Merkur“ nunmehr in den hauptsächlichsten Bestimmungen:

Periodische Druckschriften, deren Inhalt zu gewaltsamer Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung oder der verfassungsmäßigen Einrichtung des Reiches oder eines seiner Teile, zu Gewalttätigkeiten gegen Personen des öffentlichen Lebens, zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen, oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können auf die Dauer bis zu 14 Tagen verboten werden. Das gleiche gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Verhöhnung gegen solche Verordnungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organisationen und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht. Das Verbot kann auf die Dauer bis zu 3 Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift oder die vorher verbotene Druckschrift nochmals gegen die Bestimmungen des Absatzes 1 verstößt. Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jene angeblich neuen periodischen Druckschriften, die sich nachher als

die alten herausstellen. Versammlungen, Vereine und Kundgebungen können außerdem nach Artikel 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen Erörterungen stattfinden, die zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung oder der verfassungsmäßigen Einrichtung des Reiches oder einer seiner Länder, zu Gewalttätigkeiten gegen Personen des öffentlichen Lebens, zum Ungehorsam gegen Gesetze und rechtsgültige Verordnungen, oder die sich innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden aufreizen. Zuständig sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Wer nach Paragr. 1 verbotene Druckschriften herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. und Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft. Entsprechendes gilt auch für verbotene Versammlungen. Gegen Verbot nach Paragr. 1 und 3 und gegen eine Beschlagnahme nach Paragr. 2 ist die Beschwerde zulässig, sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr außer im Falle des Paragr. 4 Abs. 2 abhelfen. Ebenfalls ist die Beschwerde unverzüglich dem vom Reichsrat bestellten Ausschuss vorzulegen.

Berlin, 29. Sept. Der Gesetzesentwurf zum Schutze der Republik wird nach dem Beschluß des Aelterenrats des Reichstags bei der allgemein politischen Erörterung am Freitag mit zur Beratung gestellt werden, ebenso ein Gesetzesentwurf ähnlichen Inhalts, der von der mehrheitssozialdemokratischen Partei eingebracht worden ist.

Berlin, 30. Sept. Aus Anlaß der erfolgten Neufassung der bekannten Verordnung zum Schutze der Republik hat der Verein deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) beim Reichsrat und beim Minister des Innern beantragt für eine beschleunigte Entscheidung des Reichsratsausschusses für Zeitungsverbote im Falle der Beschwerde über erfolgte Zeitungsverbote Sorge zu tragen, da bei längerer Hinausschiebung der Entscheidung das Rechtsmittel der Beschwerde mehr oder weniger wertlos werde.

## Die Erbreitung der Regierung in Preußen und im Reich.

### Neue Widerstände bei der deutschen Volkspartei und Sozialdemokratie. — Das Zentrum für Wirth.

Berlin, 1. Okt. Die Aussichten für eine Kabinettsverweigerung im Reich und in Preußen werden nach Meinung der Blätter immer ungünstiger. Wie der „Berliner Lokalanz.“ schreibt, hat die gestrige Rede des Reichskanzlers bei der Deutschen Volkspartei sehr verstimmt. Die Rede des Kanzlers und diejenige Scheidemanns hätten genügt, um die Verhandlungen außerordentlich zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Wie das Blatt aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind die persönlichen Besprechungen über die Kabinettsneubildung jetzt gestern mittag nicht mehr fortgesetzt worden.

Laut „Deutscher Allgem. Zig.“ konnte in der Frage der Steuerreform zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien bisher eine Einigung nicht erzielt werden. Infolge der voraussichtlichen Vertagung des Reichsrats bis zum 26. Oktober rechnet das Blatt mit aller Wahrscheinlichkeit damit, daß die Frage der Regierungsumbildung im Reich und auch in Preußen bis Ende Oktober, wenn nicht auf noch spätere Zeit verschoben werden muß.

Wie die Zentrumskorrespondenz mitteilt, hat die Aussprache der Zentrumsfraktion des Reichstags, die sich in mehrtägigen Verhandlungen mit der allgemeinen politischen Lage befaßt, in allen grundsätzlichen Fragen volle Uebereinstimmung in der Fraktion ergeben. Aufgetauchte Mißverständnisse seien völlig beseitigt. Die Ergebnisse der Fraktionsverhandlungen wurden u. a. in folgenden einstimmig angenommenen Sätzen zusammengefaßt: Die Zentrumsfraktion des Reichstags billigt die Politik des Reichskanzlers und spricht ihm erneut ihr Vertrauen aus. In der Ueberzeugung, daß nur ehrlicher Erfüllungswille unser Vaterland vor dem schlimmsten Unheil retten kann, unterstützt sie die Reichsregierung in ihren Bestrebungen, die durch den Verfall der Gewaltfrieden und das Ultimatum dem deutschen Volk aufgezwungenen Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Als unerlässliche Voraussetzung der Gesundung unserer inner- und außerpolitischen Verhältnisse betrachtet sie eine starke und zielbewußte Politik der Mitte auf breiter Grundlage. In dem Schutze und der Pflege der christlichen Kulturideale erblickt sie nach wie vor ihre vornehmste Aufgabe.

**Berlin, 1. Okt.** Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern in später Abendstunde folgenden Beschluß gefaßt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt zur Frage der Umbildung der Regierung: 1. Zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei einer eventuellen Erweiterung der Regierung vielleicht nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln. 2. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erfolgt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und zu den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt. 3. Eine Entscheidung über die eventuelle Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst erfüllen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und so die Gestaltung der vorgeschlagenen Besteuerung, sowie der besonderen Leistungen des Besitzes zu ersehen ist. Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der USP. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit sei, in die Reichsregierung und die preussische Regierung einzutreten.

**Berlin, 1. Okt.** In der Frage der Regierungsbildung in Preußen haben sich, den Blättern zufolge, bei der Fraktion der Demokraten des preussischen Landtags Schwierigkeiten ergeben. Bei einer Beratung der Fraktion kam die Auffassung zum Ausdruck, daß die Verantwortung für die Regierungsmassnahmen nicht nach der Fraktionsstärke abgestuft sein könne, sondern daß alle an der Koalition teilnehmenden Parteien zu gleichen Teilen die Verantwortung tragen müßten. Die Befehung eines einzigen und womöglich politisch bedeutungslosen Ressorts, nämlich des Handelsministeriums, mit einem Demokraten sei für die demokratische Partei nicht annehmbar. Es trete sogar in der Fraktion die Meinung hervor, in solchem Falle lieber außerhalb der Regierung zu bleiben und das Kabinett von außen tonal zu unterstützen.

### Graf Lerchenfelds politisches Bekenntnis.

**München, 30. Sept.** In der bereits angekündigten Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld führte dieser u. a. aus, es handle sich in dem Streit zwischen Föderalismus und Unitarismus nicht um die Einheit des deutschen Volkes. Dies stehe auch für jeden Föderalisten außer Frage. Wir Föderalisten, sagte der Ministerpräsident, sind der festen Überzeugung, daß die Einheit des deutschen Volkes nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in absehbarer Zukunft nicht in einem unitaristischen, sondern in einem föderalistischen Reich gewährleistet und zu größerer Leistungsfähigkeit formt wird. Wenn auch anzuerkennen sei, daß sich im Reiche Bismarcks zentralistische Tendenzen bemerkbar gemacht hätten, so sei die Tatsache wesentlich, daß die Entwicklung zwanglos unterbrochen sei und notwendige Entwicklungsstadien überwunden worden seien. Er stehe voll und ganz auf dem Standpunkt, daß die Anschauungen eines anderen zu ehren und zu achten seien. Man dürfe nicht gegen einen Stand regieren und diesen Stand unterdrücken. Er wolle haben, daß sich alle Stände, auch der Arbeiter, an den Aufgaben des Staats mitverantwortlich beteiligten. Nur so könnten sie erkennen, daß man nicht alles mit Theorie machen könne, sondern daß nur die Praxis zeige, was möglich, was erreichbar und was ersprießlich sei. Wenn bei dieser Regelung die Arbeiterschaft in voller Verantwortlichkeit im Staatsleben stehe, so brauchten wir keine Angst zu haben, daß sie diese Macht mißbrauchen würden. Keinen Zweifel aber möchte ich darüber lassen, daß von dem sozialistischen Marxismus keine Auffassung eine strenge Scheidelinie trenne und daß zwischen beiden Auffassungen kein Kompromiß möglich sei. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß in die politischen Auseinandersetzungen Leidenschaft und Haß hineingebracht werden sollen. An die Stelle der marxistischen Auffassung setze er die Begriffe der organischen Entwicklung und der Förderung des sittlichen Willens.

### Die irische Frage.

**Devalera nimmt die Einladung Lloyd Georges an.**  
**London, 30. Sept.** Das Schreiben Lloyd Georges an Devalera hat in Dublin einen günstigen Eindruck gemacht und man hofft zuverläßlich, daß Devalera die Einladung der britischen Regierung annehmen wird. „Freemans Journal“ schreibt, die Note Lloyd Georges atme einen Geist, auf den die Völker beider Länder lange gewartet hätten. — Heute vormittag fand ein Sitzung des Sinn Feiner-Kabinetts statt. Die Antwort der Sinn Feiner an Lloyd George wird wahrscheinlich heute Abend abgesandt werden.

**London, 30. Sept. (Reuter.)** Der Ausschuss auf der Great Southern and Western Railway of Ireland ist in einer auf Veranlassung des Wirtschaftsministers des Dail Eirean einberufenen Versammlung beigelegt worden.

**London, 30. Sept. (Reuter.)** Devalera hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz angenommen.

**London, 1. Okt.** In der Antwort Devaleras an Lloyd George heißt es: Wie haben Ihre Einladung zu einer Konferenz erhalten, die in London am 11. Oktober stattfinden soll, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands mit der als Britisches Reich bekannten Gemeinschaft von Nationen am besten mit den irischen nationalen Bestrebungen in Übereinstimmung gebracht werden kann. Unsere verschiedenen Standpunkte sind dargelegt worden. Wir stimmen darin überein, daß eine Konferenz und nicht ein Schriftwechsel der praktische und hoffnungsvollste Weg zu einer Verständigung ist. Wir nehmen die Einladung an. Unsere Delegierten werden mit Ihnen an dem erwähnten Tage in London zusammentreffen, um jede Möglichkeit einer Einigung durch persönliche Besprechungen zu erforschen.

### Die Arbeitslosenfrage in England.

**London, 30. Sept.** Der Ausschuss des britischen Kabinetts für die Arbeitslosenfrage hielt gestern eine Sitzung ab, in der, wie verlautet, die Frage der möglichen Ausdehnung und der Entwicklung des bestehenden Exportkreditens erörtert wurde.

### Der österreichisch-ungarische Grenzstreit.

#### Kein selbständiges Westungarn?

**Budapest, 30. Sept.** Auf die durch die Wiener Presse verbreitete Nachricht, daß in Westungarn unter Leitung von Stephan Friedrich ein selbständiger Staat ausgerufen worden sei, stellt das Ung. Korr.-Büro fest, daß Abgeordneter Friedrich sich in Budapest befindet, in Westungarn selbst aber von einer solchen Proklamation nichts bekannt ist.

#### Italienische Vermittlung?

**London, 30. Sept.** Einer Erklärung der Agenzia Stefani zufolge hatte die ungarische Regierung dem italienischen Minister des Auswärtigen, Marquis della Torretta, den Vorschlag unterbreitet, zwischen Ungarn und Oesterreich die Vermittlung in der Burgenlandfrage zu übernehmen. Della Torretta brachte diesen Vorschlag der österreichischen Regierung zur Kenntnis. Der österreichische Bundeskanzler gab die Erklärung ab, daß er mit Rücksicht auf das ihm durch die Person des italienischen Ministers des Auswärtigen eingetragene Vertrauen das ihm durch dessen Vermittlung zugekommene Ersuchen in ernste Erwägung ziehe und formulierte einige Bedingungen, die Marquis della Torretta der ungarischen Regierung zur Kenntnis brachte.

Die Botschafterkonferenz hat die im Ganze befindliche Vermittlungsaktion günstig aufgenommen, gleichzeitig jedoch zum Ausdruck gebracht, daß diese auf das Ungarn übermittelte, bis zum 4. Oktober befristete Ultimatum keine russische Wirkung ausübt.

### Der griechisch-türkische Krieg.

#### Friedensfühler?

**London, 30. Sept.** Der Ballanberichterfasser der „Daily News“ glaubt auf Grund von Mitteilungen aus sicherer Quelle zu wissen, daß Griechenland an die Kemalisten zum Zwecke eines Friedensschlusses herangetreten sei.

**London, 30. Sept.** Einer „Exchange“-Meldung aus Konstantinopel zufolge, verlautet dort in politischen Kreisen, daß ein diplomatischer Vertreter der alliierten Länder, mit Vollmachten versehen, sofort nach Angora abgefaßt werde, um sich über die genauen Friedensbedingungen Mustafa Kemal Paschas und der türkischen Nationalisten von Angora zu orientieren.

### Ausland.

#### Briands Propagandareise nach Amerika.

**Paris, 28. Sept.** Wie die „Information“ mitteilt, wird Briand die Reise nach Amerika am 29. Oktober antreten. Seine Rückreise erfolgt am 23. November.

#### Amerika für ein Reparations-Moratorium?

**Berlin, 30. Sept.** Die in Berlin bekanntgemachten amerikanischen Pläne (so erfahren die Psmr. N. N.) zur Bejähigung der internationalen Valutawierigkeiten erfahren eine neue Bekräftigung. Es soll schon in den nächsten Tagen eine Konferenz von Finanzleuten die Valutafragen beraten. Die Vorschläge dieser Konferenz werden sich auch mit der von Churchill angekündigten Londoner Valuta-Konferenz, zu der bekanntlich auch Deutschland eingeladen werden soll, beschäftigen. Der Gedanke eines Reparations-Moratoriums wird weiter ausgeprochen, und es ist anzunehmen, daß die Mitteilung Churchills über einen eventuellen Verzicht Englands auf Eintreibung seiner Forderungen an Frankreich und Italien und einen Verzicht Amerikas auf seine Forderungen nicht nur die persönliche Meinung Churchills wiedergibt.

#### Eine englische Preßstimme zur Entwertung der Reichsmark.

**London, 29. Sept.** Die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark beschäftigt die Presse weiter in hohem Maße. — „Evening Standard“ hebt hervor, daß die Mark jetzt weniger als einen halben Penny wert sei, anstatt normaler Weise einen Schilling und schreibt, in Anbetracht der Tatsache, daß die übrigen Wechselkurse verhältnismäßig stetig seien, sei es nicht verwunderlich, daß der Valutamarkt immer mehr Nervosität und Besorgnis an den Tag lege. Es sei vollkommen unverständlich, weshalb die deutsche Mark immer weiter falle. Es sei der Möglichkeit Ausdruck gegeben worden, daß hinter allem die deutschen Machinationen zur Erreichung besonderer Ziele zu suchen seien. Von zahlreichen Leuten werde dies jedoch bezweifelt, denn es sei wohl vorteilhaft für die deutsche Industrie zur Eroberung der ausländischen Märkte eine entwertete Mark zu haben. Es gebe jedoch eine Grenze für die Entwertung. Wenn die Mark über diese Grenze hinausginge, so könne die Wirkung in anderer Hinsicht für Deutschland schädlich sein. Deutschland könne sein Finanzprestige verlieren. Man könne vermuten, daß Deutschland einer wirtschaftlichen Katastrophe zutriebe und dies könne ernste Folgen zeitigen. Andererseits werde darauf hingewiesen, daß Deutschland die Mark vornehmlich aus dem einzigen Grunde, weil es seinen vor einem Monat übernommenen Verpflichtungen beim Ankauf von notwendigen Einfuhrprodukten, Lebensmitteln usw. nachkommen müsse. In diesem Falle würde vielleicht eine Reaktion eintreten, die so heftig sein könne wie der augenblickliche Sturz. Auf jeden Fall bleibe die deutsche Mark ein Mysterium.

#### Rückzahlung der belgischen Schulden an Frankreich durch Deutschland.

**Paris, 30. Sept. (Havas.)** Der Friedensvertrag von Versailles legt Deutschland die Rückzahlung in Goldmark der von Belgien im Laufe des Krieges von den Alliierten, besonders von Frankreich, aufgenommenen Anleihen auf. Diese Rückzahlung ist den 132 Milliarden Goldmark der Reparationssumme zuzufügen. Da die Belgien geleisteten Vorschüsse von den einzelnen Ländern in der Währung des betreffenden Landes, d. h. von Frankreich in Francs, gewährt wurden, so wurde die Frage aufgeworfen, ob für die Rückzahlung die Umrechnung in Goldmark vorgenommen werden solle. Frankreich ist in weit höherem Maße als England und Amerika an der Umrechnungsfrage interessiert, infolge der Wertverminderung des Francs gegenüber dem Gold, die seit den an den belgischen Staatsbankrott erfolgten Zahlungen eintret. Wenn, wie von den A-

lliierten vorgeschlagen wurde, Frankreich die gleiche Anzahl Francs, die es Belgien vorschob, zurückhalten würde, so würde durch den Kurs der Belgien mehr als die Hälfte der belgischen Schulden betragen. Der von Frankreich erhobene Einspruch gegen diese Lösung der Frage wurde der Finanzkonferenz am 13. September vorgelegt. Nach langer Debatte schlugen die französischen Delegierten vor, die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedspruch des Vertreters der Vereinigten Staaten, Boyden, vorzulegen. Der Vorschlag wurde angenommen. Es gelang, den englischen Schiedsrichter zu überzeugen, sodas sich England der französischen These anschloß und sie vor dem Schiedsrichter vertrat. Boyden hat jetzt seinen Schiedspruch gefällt, der Frankreichs Standpunkt bekräftigt: Die Rückzahlung der belgischen Schuld durch Deutschland, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, wird auf der Grundlage von Goldmark zum Wechselkurs vom 11. November 1918, dem Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstands umgerechnet. Frankreich erhält seine Summe, die zwei Milliarden übersteigt. Wäre die Umrechnung so, wie sie die Alliierten vorschlugen, erfolgt, so hätte es einen Betrag von weniger als einer Milliarde erhalten.

### Deutschland.

#### Dr. Heim über die wirtschaftl. Lage Deutschlands.

**Berlin, 29. Sept.** Auf dem 9. Verbandstage der bayerischen Bauernvereinigungen hat (wie die Psmr. N. N. erfahren), der Abg. Dr. Heim über das Thema unserer Wirtschaftslage gesprochen und u. a. gesagt: Ganz Deutschland steht unter dem Eindruck, daß wir am Wendepunkt in unserm Wirtschaftsleben angelangt sind. Seit 6 Wochen ist der Wert der Mark wiederum um 70 Prozent gesunken. Je mehr wir uns bemühen, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, desto schlechter wird unsere wirtschaftliche Lage infolge der sich immer weiter erhöhenden Lasten und Schulden und der sich immer weiter entwickelnden neuen Steuern, der wir jetzt im Maße schon ein Duzend haben. Bevor sie alle unter Dach und Fach gebracht sein werden, ist der Geldwert der Mark immer weiter hinabgesunken und die Teuerung als Nebenerscheinung schreitet fort. Die nächsten drei bis vier Goldmilliarden werden wir überhaupt nicht mehr auf die Beine bringen können. Unsere einzige Hoffnung ist, daß endlich der Augenblick kommt, in welchem auch das Ausland sieht, daß unser Niedergang gleichzeitig auch die anderen Länder zu Grunde richten muß und daß dieser Niedergang den Untergang der ganzen Alten Welt bedeutet. Wir nähern uns bereits immer mehr den östreichischen Verhältnissen. Man glaube, so sagt Dr. Heim im zweiten Teile seines Vortrages, daß plötzlich ein starker Mann aus den Wolken fallen müsse, ein Diktator, ein Ministerpräsident, ein Wiederaufbau-minister. Aber es wird keiner kommen, der aus eigener Kraft die Hebel anzusetzen imstande wäre. An dem Wiederaufbau, der so notwendig ist, sei jeder einzelne berufen, mitzuarbeiten. Aus dem Sumpf herauszuheben könne uns nur die Arbeit. Arbeit sei nur möglich, wenn das Gewissen wieder erwacht. Christus die Religion sei das aber unmöglich. Der Wiederaufbau könne nur dann glücken, wenn wir unsere Erzeugung in der Landwirtschaft so steigern, daß wir für unsere inneren Bedürfnisse auch das Ausland nicht mehr angewiesen sind. Dieses Ziel ist erreichbar und der Bauer ist mit seinem Besitze hierzu verpflichtet. Von Grund und Boden müsse der Wiederaufbau ausgehen u. wir müssen unserem deutschen Acker noch viel mehr abringen als bisher. Zwingende Pflicht jedes einzelnen ist es, so schloß der Redner seine Ausführungen, das Schlimmste von uns abwenden zu helfen.

#### Die katholische Arbeiterschaft für Wirth.

**Berlin, 29. Sept.** Die in Düsseldorf versammelten Vorstände sowie sämtliche Arbeitsekretäre des Westdeutschen Verbandes der katholischen Arbeiterverbände haben dem Reichskanzler telegraphisch im Namen der Arbeiter der Zentrumswahlerschaft vollstes Vertrauen ausgesprochen.

#### Vom Hilfswerk für Oppau.

**(SW) Stuttgart, 29. Sept.** Der Verein für Kinderheim hat beschlossen, 50 Kinder der von dem Unglück in Oppau betroffenen Familien unentgeltlich aufzunehmen und zwar Kinder im Alter von 1-5 Jahren in das Kinderheim in Berg, solch im Alter von 6-14 Jahren in das Kinderheim Storzeln. Das Bezirksamt Ludwigschafen ist hiervon bereits verständigt.

**Breslau, 29. Sept.** Ueber den Magistratsvorsitzenden, der 10 000 Mark vorgeblich hatte, hinausgehend bewilligte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer heutigen Sitzung den Betrag von 25 000 Mark für die Hinterbliebenen der Opfer von Oppau.

**Kopenhagen, 29. Sept.** Ein deutsch-dänisches Komitee hat sich hier unter dem Vorsitz des deutschen Gesandten Freiderrn v. Neurath gebildet und einen Aufruf veröffentlicht, in dem zu Beiträgen für die von der Oppauer Explosionskatastrophe Betroffenen aufgefordert wird.

**Braunschweig, 29. Sept.** Die braunschweigische Staatsregierung hat für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe von Oppau 100 000 Mark bewilligt. Weiter wurde beschlossen, an die braunschweigische Bevölkerung einen allgemeinen Aufruf zur öffentlichen Sammlung für die notleidenden Angehörigen der Verunglückten zu richten.

#### Ueberfall eines Gehöfts durch eine Räuberbande.

**Braunschweig, 29. Sept.** In der vergangenen Nacht trug eine Räuberbande in das Gehöft des Landrats Wilms in Dorstadt bei Wolfenbüttel ein. Als die Eindringler bei Durchsuchung der Räume in das Schlafzimmer des Besitzers kamen und dieser erwachte, wurde er durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Auch die aus einem Nebenzimmer erbeilende Ehefrau wurde mit Schüssen empfangen und schwer getroffen. Als das Dienstmädchen die Lichtanlage einschaltete, flüchtete die Bande. Mehrere Nachbarn des Ueberfallenen, durch den Lärm aufmerksam gemacht, sandten den Einbrechern Geheißschüsse nach. Wie die neuesten Nachrichten melden, sind Wilms und seine Frau schwer verletzt nach einem Krankenhause gebracht worden. Einer der Täter, der verwundet wurde, ist bereits festgenommen, die übrigen sind flüchtig.

### Beschlimm

Bebenha  
Wittgen von K  
Kerschwege un  
(SW) St  
Wilhelm s.)  
geteilt wird,  
hauften seit me  
Der Verlauf

Die Bedeu  
Besonders zur  
Rugen des Ob  
möglichen Ert  
seiner Zeit neue  
Welche Bahnen  
sind, wird Ob  
ner des Obf  
hier besonders

Die Verfor  
ziehungen Her  
lungsbedürfn  
Wittgen des K  
legenheiten we  
Kriegsgesellsch  
zu tun. Ihr A  
schädigen und  
söhnen zu bew  
dem Reichshau  
Renten der eh  
Mark, für Ren  
malige Abfin  
Milliarden Me

### Herstellun

Nachdem d  
über das Verbo  
vom 8. Septem  
werden die Obj  
Bestimmung de  
besonders hinc  
Brennstoffe  
und Dberzeugn  
Zunehmende  
Entlastung des  
Coln, den

### Zahlun

An die als  
Steuern, Holz  
mit wiederhol  
Nach Ablauf  
nahmen gegen d  
Coln, den

### Die ehen

welche noch Unip  
für abgem  
bis spätere  
nein Stelle gelt  
jetzige Grad der  
Nach dem 3  
nur noch von d  
Kriegsgefangener  
Hilfs

### Baup

Um bouref  
3 Bau  
im Auftrag, geg  
Interessenten  
kommenden Mo  
eintreiben.

### Wer probt

Ne  
Ont eingefü  
Kranken  
ge  
sucht B  
pochs Mitarbeit  
mit W. G. 22

### Ne

Ont eingefü  
Kranken  
ge  
sucht B  
pochs Mitarbeit  
mit W. G. 22

# Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. Oktober 1921.

## Beschlimmerung im Befinden Herzog Wilhelms.

Rebenhausen, 1. Okt. In dem Befinden des Herzogs Wilhelm von Württemberg, unseres früheren Königs, ist bedrohliche Herabwände und ein Nachlassen der Kräfte eingetreten.

(S. B.) Stuttgart, 29. Sept. (Erkrankung Herzog Wilhelms.) Wie uns von der Herzoglichen Rentkammer mitgeteilt wird, ist Herzog Wilhelm zu Württemberg in Rebenhausen seit mehreren Tagen an fieberhafter Bronchitis erkrankt. Der Verlauf der Krankheit ist bisher kein ungünstiger.

## Vortrag über Obstbau.

Die Bedeutung des Obstbaus dringt in immer weitere Kreise. Besonders zur Herbstzeit tritt jedermann der wirtschaftliche Nutzen des Obstbaus deutlich vor Augen. Um aber den größtmöglichen Ertrag aus den Obstbäumen zu ziehen, müssen in unserer Zeit neue Wege für rationellen Obstbau gefunden werden. Welche Bahnen für einen zeitgemäßen Obstbau einzuschlagen sind, wird Obstbauinspektor Scheel, einer der bedeutendsten Kenner des Obstbaus, in seinem morgigen Vortrag, auf den wir hier besonders hinweisen möchten, zeigen.

## Die Versorgungsbehörden.

Die Versorgungsbehörden sind aus früheren militärischen Einrichtungen hervorgegangen, sind aber völlig in bürgerliche Verwaltungsbehörden (Versorgungsämter) umgewandelt und unterstehen der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums. Mit militärischen Angelegenheiten werden sie in keiner Weise beschäftigt. Sie sind keine Kriegsgesellschaften, haben auch mit der Lebensmittelversorgung nichts zu tun. Ihr Aufgabenkreis ist die Rentenversorgung der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen. Für die Beurteilung des von ihnen zu bewältigenden Arbeitsmaßes dienen folgende Zahlen aus dem Reichshaushaltsplan für 1921. Es sind dort ausgeschrieben für Renten der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht 2.519.181.000 Mark, für Renten der Hinterbliebenen 2.909.317.500 Mark, für einmalige Abfindungen 1.754.100.000 Mark, zusammen also mehr als 5 1/2 Milliarden. Mehr als 6 Milliarden werden also durch die Verfor-

## Ämliche Bekanntmachungen.

betreffend die Eichung und Nach Eichung der Fässer und Herbstgefäße.

Es besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Fässer, in denen Wein oder Most bei saßweisem Verkauf dem Käufer überliefert wird, geeicht sein müssen. Liegt die erstmalige Eichung schon über 3 Jahre zurück, so müssen sie auch nach geeicht sein. Es dürfen also Fässer, welche das Jahreszeichen 1917 oder ein früheres Jahreszeichen tragen, vor erfolgter Nach-eichung nicht benützt werden.

Ebenso sind die Herbstgefäße eichpflichtig und nach-eichpflichtig, bei diesen Gefäßen beträgt die Nach-eichpflicht jedoch nur 2 Jahre. Es müssen also Herbstgefäße, welche das Jahreszeichen 1918 oder ein früheres Jahreszeichen tragen, vor ihrer diesjährigen Benützung nachgeeicht werden.

Nähere Auskunft erteilen die Eichbeamten. Die Benützung von ungeeichten oder nicht rechtzeitig nachge-eichten Fässern und Herbstgefäßen ist strafbar. Neben der Strafe ist auf Anbrauchbarmachung oder Einziehung der vorchriftswidrigen Mehrgewichte zu erkennen; auch kann deren Vernichtung ausgesprochen werden (§ 22 der Maß- und Gewichtsordnung von 1908, RGBl. S. 349).

Calw, den 28. September 1921.

Oberamt: G. S.

## Märkte.

(S. B.) Stuttgart, 29. Sept. Silberkrautmarkt auf dem Charlottenplatz. Zufuhr 200 Stüd, Preis 60-65 M für den Ztr. Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz. Zufuhr 4500 Ztr. Preis 105-110 M pro Ztr.

(S. B.) Oberjochheim, 29. Sept. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 173 Milchschweine. Verkauft wurden rund 200 Stüd zum Preis von 400-620 M pro Paar.

## Hopfen.

(S. B.) Weidertshausen, 29. Sept. Der Hopfenmarkt geht seinem Ende entgegen, nachdem in den letzten Tagen der ganze Vorrat des hiesigen Platzes bis auf 25 Ztr. verkauft wurde. Der Preis stellt sich auf 6200 M für den Zentner.

## Wein.

Der Weinherbst ist nun überall im Gange. Die Hauptlese wird aber in die erste Oktoberwoche fallen. Im Zabergäu ist sie bereits voll im Gange. Die Preise bewegen sich dort zwischen 1650 und 2300 M. In Hohenhaslach wurden Käufe zu 2800 und 3000 M abgeschlossen. In Gemmingen wurden Käufe zu 2450 M der Eimer getätigt.

## Spar- und Vorschussbank Calw.

Ämliche Börsenkurse vom 30. September 1921 (ohne Gewähr)

Staatsanleihen	Aktien
5% Reichsanleihe . . . . .	Deutsche Bank . . . . .
4% do. . . . .	Disconto-Gesellschaft . . . . .
Sparprämienanleihe . . . . .	Dresdner Bank . . . . .
4% Würt. Staats-Obl. . . . .	Würt. Vereinsbank . . . . .
3 1/2% do. . . . .	Junghans Gebr. . . . .
4% Bad. Obl. von 1901 . . . . .	Daimler . . . . .
4% Bayer. Obl. . . . .	Esslinger Masch. . . . .
4% Oesterr. Goldrente . . . . .	Bad. Anilin u. Soda-Fabr. . . . .
4% Ungar. do. . . . .	Hapag . . . . .
Pfandbriefe . . . . .	Nordd. Lloyd . . . . .
4% Würt. Hyp.-Bank . . . . .	Brauerei Wulle . . . . .
3 1/2% unvert. . . . .	Cement-Heidelb. . . . .
4% Cred.-Ver. unk. 20 . . . . .	Phönix Bergw. . . . .
4% Vereinsbank . . . . .	Deutsches Reich . . . . .
4% Frankl. Hyp. Bank . . . . .	Schweiz . . . . .
4% Credit-Ver. . . . .	Holland . . . . .
4% Rhein. Hyp. kdb. 23 . . . . .	

Bankmäßige Geschäfte aller Art. — Sparkasse.

## Stadtgemeinde Calw.

### Herstellung von Branntwein aus Obst.

Nachdem die Verfügung des Ernährungsministeriums über das Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst vom 8. September 1920 bis auf weiteres in Kraft bleibt, werden die Obstzeugnisse auf die genaue Einhaltung der Bestimmungen des § 1 Abs. 2 der genannten Verfügung besonders hingewiesen. Hiernach ist die Genehmigung zur Branntweinherstellung vor erfolgtem Einschlagen des Obstes und Obsterzeugnisses nachzusuchen.

Stadtmagistrate: G. S. 984

### Zahlungs-Aufforderung

An die alsbaldige Bezahlung der noch rückständigen Steuern, Holzgelder, Beiträge für Installationen, wird hiermit wiederholt erinnert. Nach Ablauf des 15. Okt. 1921 müssen Zwangsmassnahmen gegen die Säumigen eingeleitet werden.

Stadtpfleger: Frey

### Die ehemaligen Kriegsgefangenen,

welche noch Ansprüche auf Löhnung oder auf Entschädigung für abgenommene Gegenstände haben, wollen dieselben bis spätestens 30. November ds. Js. bei der unterzeichneten Stelle geltend machen. Für die Abfindung wird der jetzige Grad der Bedürftigkeit zu Grunde gelegt.

Stadtpfleger: Frey

### Bauplatz-Verkauf

An baureifem Gelände sind 3 Bauplätze mit je 15 1/2 ar im Auftrag, gegen Barzahlung, sofort zu verkaufen. Interessenten wollen Angebote unter R. P. 229 bis kommenden Montag bei der Geschäftsstelle dieses Blattes einreichen.

Kenner trinken nur

### 's Hausirunk,

hergestellt aus Zapf trocken in der Dose

Friedensqualität. Obstmost w. dadurch vermehrt u. verbessert Ueberall erhältlich.

Wo nicht erhältlich, erteilt Auskunft die Nährmittel-Fabrik Zapf, Zell a. N. (Baden).

### Nebenverdienst.

Gut eingeführte Kranken-, Unfall- und Sterbegeld-Verficherung sucht Personen jeden Standes

proch. Mitarbeit und Errichtung von Kassenstellen. Angebote unter R. P. 229 erbeten an die Geschäftsstelle ds. Blatt.

## Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Durch das Gesetz über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 (RGBl. Nr. 80, S. 984) sind die Lohnklassen und die Wochenbeiträge zur Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an

- neu festgesetzt worden.
- Nach der Höhe des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes wurden für die Versicherten folgende Lohnklassen mit den beizulegenden Wochenbeiträgen gebildet:
- Klasse A bis zu 1000 M mit dem Wochenbeitrag v. 3 M 50 S
- B von mehr als 1000 M bis zu 3000 M mit dem Wochenbeitrag von 4 M 50 S
- C von mehr als 3000 M bis zu 5000 M mit dem Wochenbeitrag von 5 M 50 S
- D von mehr als 5000 M bis zu 7000 M mit dem Wochenbeitrag von 6 M 50 S
- E von mehr als 7000 M bis zu 9000 M mit dem Wochenbeitrag von 7 M 50 S
- F von mehr als 9000 M bis zu 12000 M mit dem Wochenbeitrag von 9 M — S
- G von mehr als 12000 M bis zu 15000 M mit dem Wochenbeitrag von 10 M 50 S
- H von mehr als 15000 M mit dem Wochenbeitrag von 12 M — S

Die hiedurch notwendig werdende Neueinteilung unserer Versicherten hat uns veranlaßt, in den letzten Tagen sämtliche Arbeitgeber zur Abgabe einer Lohn- bzw. Gehaltsveränderungsanzeige bis spätestens 1. Oktober ds. Js. aufzufordern. An Einhaltung dieses Termins wird auch an dieser Stelle erlucht.

Aus Gründen der Geschäftsvereinfachung ist die am 25. September endende 10. Beitragsperiode 1921 bezüglich der Invalidenversicherung bis zum Sonntag, den 2. Oktober verlängert worden, in der am 24. Oktober 1921 fälligen 11. Beitragsperiode dagegen werden um einen Ausgleich wieder herzustellen, statt 4 nur 3 Wochenbeiträge zum Ansatz gebracht.

Bei den Krankenversicherungsbeiträgen wird, wenn keine Lohnhöhung erfolgt ist, eine Änderung nicht eintreten.

Calw, den 30. September 1921.

Vorsitzender des Vorstands: Kamparos. Verwalter: Frey.

### G e s u c h

2 ältere, tüchtige Fräulein als Stütze in Geschäftshaus am Bodensee, im Nähen und Bügeln bemanndert. Gute Behandlung, Familienanschluß.

Näheres bei Karl Stüber, Calw, Biergasse.

### 2 tüchtige Schreiner

sofort gesucht. Dauernde Stellung und gute Bezahlung. Dieg, Schreiner, Pforzheim, Leopoldstr. 28

### 2 Ziegen-Lämmer

(rehsfarbig) verkauft Lederstraße 96.

### 2 ältere, tüchtige Schreiner oder Mühlenbauer

1-2 ältere, selbständige, tüchtige

### Eisendreher

für sofort gesucht.

G. Kohler, Masch.-Fabrik und Mühlenbauanstalt Ealmühle N. Calw.

### Arbeiter

im Alter von 18-20 Jahren in Dauerstellung gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes und beim Arbeitsamt.

### Gefunden Sommerjoppe

mit etwas Geldinhalt. Der rechtmäßige Eigentümer kann sie abholen bei R. Maier, Witwe, Oberhaugstett.

### Entlaufen Dachshund

(Rüde) Abzugeben gegen Futtergeld bei Joh. Georg Pfommer Würzbach.

Wir suchen für einen unserer Angestellten ein möbl. Zimmer

und erbitten uns Angebote. Verlag des Calwer Tagblattes.

### Ein gebrauchtes gut erhaltenes Fahrrad

sowie einen Gasbadeofen

seht dem Verkauf aus Georg Pfeiffer, Badstraße 367.

### 13 Zentner Mostobst

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### 20 Wagen Roß-Mist

hat abzugeben. L. Raercher, Sägewerk, Hirsau.

### Neuhengstett. Eine Milchziege

so wie ein 7 Monate altes Ziegenlamm

verkauft Hermann Huber.

### Eine junge Ziege

ist zu verkaufen. Zwinger 292 3. Stk.

Der verehrl. Einwohnerschaft von Liebenzell und Umgebung mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich ab 10. Oktober meinen

## Mühlenbetrieb wieder eröffne.

Es wird mein Bestreben sein, durch pünktliche und gewissenhafte Ausführung der Aufträge das alle Vertrauen, das uns früher in so dankenswerter Weise entgegengebracht wurde, wieder zu gewinnen.

Maria Haich, Untere Mühle Bad Liebenzell.

## Dr. Paulus

Spezialarzt für Nerven- und Gemütskranke. Pforzheim, Sedansplatz zurück.

## Spezialarzt für Ohr, Nase, Hals

Dr. Weiss, Stuttgart, Gartenstrasse 50 (bei Schosstrasse) zurück.

## Bei Haarausfall

spärlichem Haarwuchs, plötzlich auftreten kahl. Stellen, Haarfraß, Jucken, Schuppen usw. wenden Sie sich, ehe Ihre Papillen absterben, an das

## Institut f. Haarheilkunde

Pforzheim, Westliche-Karl-Friedrichstr. 5. Hervorragende Erfolge bei fachgemässer Behandlung erzielte ich mit

## künstl. Höhensonne.

Älterer Ofen

(Sunker & Kuh Nr 3) mit dazu passendem geschl. Stein, ist billig zu verkaufen. Frau Dr. Schiemann, Bad Leinach.

Im Auftrag zu verkaufen 2 Damenmäntel

Zwinger 295.

## Beliebt

ist das Calwer Tagblatt durch seinen vorzüglichen Nachrichtendienst u. seine volkstümlich geschriebenen Leitartikel

# Erstes Pforzheimer Schürzen-Haus

empfeht

# Schürzen jeder Art in bekannter Güte

Erstes Pforzheimer Schürzenhaus, Ecke Westliche und Blumenstraße früher Kaffee Odeon.

Lichtspieltheater Badischer Hof  
Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr.

**Geschwister Barelli**

Zirkustragödie von Walter Schmidthäbler mit Beiprogramm



**Zu Zwiebelfischen und Neuen Wein**

ladet auf Sonntag freundlichst ein.

**Gottlob Niethammer,**  
Bäckerei u. Wirtschaft, Marktplatz.

**Markt-Anzeige!**

Am Jahremarkt, Mittwoch 5. Oktober, komme ich mit einer großen Auswahl

**Schuhwaren**

für Erwachsene und Kinder

auf den Marktplatz und lade alle Marktbesucher höflichst ein

**Karl Stoll.**

Anzug- u. Kostümstoffe, per Meter von 19.— Mk. ab; Hemdflanell, per Meter von 9.— Mk. ab; Ober- u. Unterrockstoffe; Baumwolltuch, weiß per Meter von Mk. 11.90 ab; Hofenmanchester; Gries, feinst weiß, per Pfd. 2.50 Mk.; Gerstentuttermehl, Traubenzucker, per Pfd. 4.40 Mk.; Limburg-Stangenkäse; Motoren-, Zentrifugen- und Bodenöl, per Liter von 6.90 Mk. ab; Elektr. Bügel-eisen mit Zulassung 99 Mk.

**G. Straite, Althengstett (Württ.)**  
Manufaktur-, Eisen- Waren-Geschäft.

**Fahrpläne** für den Bezirk Calw  
erhältlich das Stück zu 50 Pf.  
in der Geschäftsst. ds. Blattes

**Dresdner Bank**

Eigenkapital  
500 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt  
Heilbronn Ulm

**Eugen Wackenhuth,**  
Calw

Kupferschmiede u. Apparatebau,  
empfeht

**Brennereien**

für  
Dampf- und Wasserbad  
Waschkessel, Herdschiffe  
Kühlschlangen

Derzinnung von Kochgeräten

sowie

Ausführung  
pünktlicher Kupferschmiede-  
Arbeiten.

**Felle**

von Maulwurf, Kanin, Feldhasen,  
Reh, Gans, Fuchs, Marder,  
sowie alle anderen Felle  
kauft zu den höchsten Preisen an.  
Aufkäufer in den Landorten gesucht  
Vorsprechen nur persönlich.

**Erich Maischhofer, Pforzheim**  
Mod. Tierausstopfer, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

**Landwirte**

deckt Euren Bedarf in

**Delkuchen=Mehl!**

noch jetzt vor der Preiserhöhung.  
In garantiert reiner und frischer Ware stets vorrätig bei

**Alfred Keclam, Nagold, Hauptbahnhof**  
Delsamen-Loynschlägerei, Fernsprecher Nr. 101  
früher Delsfabrik August Reijert & Cie.

Wir haben uns  
verlobt

**Ottile Fischer**  
**Carl Wiesmeyer**

Calw  
Neckarsulm  
Wassertrüdingen  
(Bayern)

**Metallbetten**

Stahlmattentzen, Kinderbett  
dir. an Priv. Katal. 46 S frei.  
Bismarckfabrik 8 u 1 (Thüringen)



**Kunstblätter gerahmte Bilder**  
Annehmlich, neu, im Rahmen  
Brief-papiere  
Künstler-karten  
Besichtig. o. Kautzw.

**Rucksäcke**

**Gamaschen**

**Pferdedecken**

**Zügel aller Art**

empfeht

**Otto Weißer**  
Gulde's Nachfolger,  
Kronengasse.

**Färherei Stalger,**

**Pfullingen**

färbt u. reinigt  
für Haus und  
Industrie.

Annahmestelle:  
Friedrike Pfeiffer, Calw,  
Schloßstraße 241.

Gehingen.

Wegen Aufgabe  
meines Postfuhrwerks ver-  
kaufe ich meinen

**11 jährigen**

**Braunwallachen**  
(Raffepferd)

Postboie Wagner.

**Landwehr-Inf.-Regt. 124**

Feld-Regiment und Ersatz-Bataillon.  
Regimentsfeier am 22.—23. Oktober  
in Ulm.

Samstag allgemeine Begrüßung im Saalbau. Sonntag-  
vormittag Festgottesdienst und Gedächtnisfeier für die ge-  
fallenen Kameraden. Sonntagnachmittag Festakt mit An-  
sprache, Lichtbildervortrag (Bilder aus der Kriegstätigkeit  
des Feldregiments), Vorträge ersten und heiteren Inhalts  
Musikkonzerte. Anmeldungen: Bittet man baldigt an  
Kamerad Heilmann, Neu-Ulm, Augsburgstraße 21 II  
zu richten. Die Angehörigen der gefallenen Kamer-  
aden sind herzlich eingeladen.

Der  
**Musikverein Wildberg**

macht am  
Sonntag, den 2. Oktober

einen  
**Tanz-Ausflug**

nach Liebelsberg  
in das Gasthaus z. „Hirsch“  
wofür freundlichst einladet Der Vorstand.

**Tanz-Kurs!**

Montag Abend 8 Uhr

Beginn d. Tanzstunde

im Bad. Hof. Anmeldungen können  
noch gemacht werden.

Tanzlehrer **Giacomino.**

Empfehle mein gut sortiertes Lager in

**Winterwaren**

Patetot, Raglan, Ufster, Bozner,  
Lodenjoppen, Covercoat, ferner gute  
Arbeitsjosen, Deutsches Leder (wieder  
Vorkriegsware), blaue Arbeitsanzüge,  
Stoffhosen, Westen, schöne Herren-,  
Burschen- und Knabenanzüge,  
Kinderanzüge.

Alles in großer Auswahl und jeder Größe.

**Friedrich Wegel, Calw**  
Herrenkleidergeschäft, Badstraße.

## Mehrere Millionen-Umsätze in Porox-Futterkalk

in einigen Monaten des letzten Jahres, zur Zeit der Stallfütterung, beweist am deutlichsten die Güte der Ware und die Zufriedenheit aller Tierhalter. Geben Sie kleinem oder Großvieh den kalk-, salz- sowie nährkräuterhaltigen **Porox-Futterkalk**, der von einer ersten deutschen Universität auf Grund wissenschaftlicher und praktischer Fütterungsversuche als erstklassiges Produkt festgestellt wurde. Verlangen Sie die neueste Forschungsarbeit über Kalkverfütterung von Dr. Wollers, Broschüren, Prospekte gratis von der **Chem. Fabrik Ritter**, Verkaufs-Büro, Stuttgart, wohin auch Bestellungen zur richten sind, falls Niederlagen noch nicht bestehen.

Mein Vertreter, Herr **Sourdan** wird demnächst die Kundschaft besuchen.

**Die Futterknappheit** erfordert dringend bei allen Tieren **Kalkzufuhr.**

Nr. 230.

Neue Hegred

Paris, 2. Okt.

ung des ihm in

malen Rede.

Beendigung des

Sieg das Werk all

endlich, daß der

halb die Waffen de

sei für den Friede

wollen. Deutschla

Solange es diesen

die Allianz nur

schon vergessen ha

Biligkeit für jede

ziger Prozesse gem

gleichung der Rep

Bewilligungen schu

heit Frankreichs.

wolle bis zum än

weit und die deut

die wahre Sicherh

Sch. Mehr den

Amerika wolle der

Frankreich. Es w

Relation nur zusam

an der Spitze der

geopfert habe. De

die französische Sa

die Frage des Et

daß eine finanziell

Frankreich die glei

würde? Ueberst

Tätigkeit? Es ge

wahrscheinlicher

Tätigkeit auf Kost

Verat. Die deut

das heute Frankr

beraubt, nur voll

Wälzke zum allge

für die Wiederauf

die gerechte Repa

herabgesetzt. Fra

nung des Geschul

verrichten. Sicher

die voneinander n

manziellen Verpfl

Befriederung e

Schaften für die

des Friedensverte

und zulässig sei.

geschaffen Vorbe

Frieden wie im

des Vaterland üb

**Die Sa**

**Op**

Genf, 30. Sep

verammlung w

Kommission über

sonstigen Kommi

billigt. Es wur

Gefahren des D

Solidaritätstund

orientalischen B

Gewissen Betäu

relajen.

In weiteren

die Hilfsaktion

brachten die Red

misionsthung b

der Mächte, Ruf

Hierauf hielt N

an das Gewisse

Frauen Europas

unter Umständen

intowisch-Jugos

den Bolschewism

Schlachten ein

Berlin, 1. O

händige David